

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Zwei Belegungsblätter und eine Karte gratis

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich drei Mark 20 Pf. (halbmonatlich 1 Mark 10 Pf.), durch die Post bezogen monatlich 2 Mark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Büttnerstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 1869a, Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-2, Büttnerstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal geplatzte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreipoligen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Büttnerstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 26. Januar 1928 Nummer 22

## Groener marschiert im Geflehters

Das Berliner Tageblatt verflucht / Aber Korruption darf nicht geschrieben werden

Wie mitgeteilt wird, hat das Reichswehrministerium gegen das Berliner Tageblatt Strafantrag wegen Beleidigung und Verleumdung zweier Reichsmarineminister gestellt, und zwar handelt es sich um den Oberleutnant Froge und den Oberregimentsarzt Bestler, die nach den Mitteilungen des SZ in die Kieler Munitionsangelegenheit verwickelt sein sollen. Das Reichswehrministerium betont, daß der Prozeß die erwünschte Aufklärung über die noch dunkle Affäre bringen werde.

Sicher dient der Strafantrag nur dazu, die Öffentlichkeit nach wie vor über die dunklen Kräfte des Reichswehrministeriums, die hinter der Kieler Munitionsaffäre stehen, im unklaren zu lassen. Der Prozeß, dessen Durchführung sehr lange hinausgezögert werden wird, wird gleichfalls nichts zur Klärung der Angelegenheit beitragen, da man nach alter Methode im gegebenen Falle die Öffentlichkeit wegen „Gefährdung der Landesinteressen“ ausschließen wird.

Das Berliner Tageblatt schreibt dazu: „Im übrigen könnte der Chef der Marineleitung ebenlogut Strafantrag gegen die Ermittlungskommission stellen. Wenn wir recht unterrichtet sind, ergibt sich schon aus diesen Akten die Beteiligung der beiden genannten Herren. Jedenfalls glaubt niemand, der über die Sache informiert ist, daß die Marineleitung zunächst mitteilen will, es handle sich um Privatgeschäfte der beteiligten Firmen, vielmehr wolle man dann diese Firmen in dem Glauben lassen, daß die Marineleitung bzw. das Reichswehrministerium hinter der Sache steht.“

Das Berliner Tageblatt verweigert natürlich seinen Lesern, daß es sich hier nicht um den Chef der Marineleitung handelt, sondern daß es sein anderer als Groener ist, der schon im Reichstag für die Vertuschung des Phobosstandards eintrat, der die Anklage inkuziert und sich schüßend vor die Marineoffiziere stellt.

Die rote Fahne schreibt: „Herr Groener tut in aller Eile kund, daß er das Geflehtersystem und die Geflehtermethoden aufrecht erhalten will durch Deduktion und Vertuschung des Phobosstandards, Dementis und Beleidigungsanklagen. Für die demokratische Schwanzpartei des Bürgerblatts und für den koalitions-schwächlichen Vorwärts, der die Vertuschung der Phobos-angelegenheit mit vier verflochtenen Zeilen im Sitzungsbericht des Reichstages totzuschweigen versucht, bedeutet diese Groener-Rede eine tollkühne Dafferte.“

Die Politik Groeners ist die Politik der großkapitalistischen, schwarz-weiß-goldenen Bürgerblattdiktatur des republikanischen Imperialismus. Diese Klage, diese neue Glanzleistung des von Scheidemann verheimlichten Hundstotgenerals, beweist erneut die Notwendigkeit des revolutionären proletari-

schen Klassenkampfes gegen das Groenersystem, für die völlige Beseitigung der imperialistischen Reichswehr, für den Sturz der Bürgerblattdiktatur und die Auflösung des Reichstages.“

## Die Waffentransporte nach China

Die Sozialdemokraten für die Vorkauf beim Vatikan — und die Geheimfonds von Stresemann

Im Haushaltsausschuß des Reichstages brachte bei der Beratung des Auswärtigen Amtes Genosse Stoedter die deutschen Waffentransporte nach China zur Sprache. Der Außenminister Wü der Rantinger Regierung habe in einem Communiqué an die Presse erklärt, daß von den nordchinesischen Generalen in der letzten Zeit für 20 Millionen Mark Aufträge für Waffen und Munition an deutsche Firmen gegeben seien. Stresemann habe vor drei Viertel Jahren erklärt, daß auf Grund eines Abkommens mit den deutschen Reedereien sich diese verpflichtet hätten, keine Waffentransporte mehr nach China zu übernehmen. Jetzt aber sei vor zwei Wochen wahrscheinlich im Zusammenhang mit den von Wü genannten Geschäften in Kiel ein Waffentransport für China aus Deutschland von 17 Waggons festgestellt worden, bei dem führende Herren aus der Reichsmarinewerwaltung beteiligt seien. Genosse Stoedter erhob gegen diese Waffentransporte den schärfsten Protest und verlangte Aufklärung von der Regierung.

Der Außenminister Stresemann erklärte zunächst, von den ganzen Dingen nichts zu wissen. Nach einer halben Stunde teilte er mit, daß Admiral Jenter erklärt habe, daß seine Stelle des Reichsmarineministers mit irgendwelchen Waffentransporten nach China etwas zu tun habe. Genosse Stoedter entgegnete darauf, daß dieses Dementi im Grunde nur eine Bestätigung der von ihm erhobenen Vorwürfe sei. Nichtamtliche Stellen, sondern mehrere Beamte der Reichsmarinewerwaltung seien an diesen Waffentransporten persönlich beteiligt. Hierüber schweige sich Jenter aus und dementiere etwas, was gar nicht behauptet worden sei. Stresemann antwortete, daß seiner Meinung nach Jenter mit dieser Erklärung auch feststelle, daß keinerlei Beamte an diesen Dingen beteiligt seien. Die Sozialdemokraten schwiegen sich bei dieser Erörterung völlig aus.

In der weiteren Beratung wurde ein Antrag der Kommunisten, die Vorkauf beim Vatikan aufzuheben, mit den Stimmen aller Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt.

Darauf kam es zu einer Auseinandersetzung über die Geheimfonds, die jetzt von 5 auf 6 Millionen erhöht werden sollen. Genosse Stoedter bezeichnete diesen Fonds sehr richtig als Korruptions- und Spionagesonds für die imperialistische Außenpolitik Deutschlands. Die Sozialdemokraten wandten sich gegen die Erhöhung von 5 auf 6 Millionen, bewilligten aber anstandslos die bisherigen 5 Millionen. Die Erhöhung auf 6 Millionen wurde von den übrigen Parteien beschlossen. Auch alle übrigen verdeckten Geheimfonds für das sogenannte wirtschaftliche Nachrichtenwesen wurden von den Sozialdemokraten bewilligt.

## Die Klassenjustiz vor dem Reichstag

Berlin, 25. Januar 1928.

Am liebsten würde der deutschnationale Justizminister Hergt die Debatte zu seinem Etat allein bestreiten. Das läuft wie eine durchlöcherter Siebkanne und verfließt im parlamentarischen Sumpf. Er spricht eine Stunde am Anfang der Sitzung und macht eine große Entdeckung: nicht die Richter tragen die Politik in die deutsche Justiz, sondern die öffentliche Kritik verdirbt die ungetrübte Sachlichkeit der Rechtsprechung. Jetzt weiß man doch, wer die Justizhausurteile Niederns auf dem Gewissen hat, Vertrauensstrife der Justiz — gibt es nicht. Sein Vertrauen hat die deutsche Justiz, sie arbeitet prompt und brutal gegen revolutionäre Arbeiter.

Landsbergs sozialdemokratische Kritik beschränkt sich darauf, einige besonders trasse Fälle der Klassenjustiz gegen Kommunisten und der Schonung von Rechtsputzschiffen anzuführen. Politische Konsequenzen zieht er nicht. Eine betonte Verbeugung vor der Verfassungstreue Hindenburgs verfehlt die sozialdemokratische Fraktion in devotes Entzücken. Landsbergs Vollbart zittert elegisch, als er davon spricht, daß die breiten Massen weder von einer Rechts- noch einer Putschdiktatur etwas wissen wollen. Abwarten! Und eine besondere Ironie lag darin, daß Oberst Verater und Lukenfreund die demokratische Auslegung des § 48 betriebe.

Dann kam schon wieder Hergt. Er konnte anscheinend das Wasser der Rede nicht halten und plätscherte los. Mit dem Nachweis, daß die Beschlagnahme der Druckereimaschinen in der kommunistischen Druckerlei in Hannover auf Anordnung Kosses geschah, legt er Landsberg aufs Trockene und die sozialdemokratische Fraktion in tödliche Verlegenheit. Dann hält der Reichsjustizminister eine frischfröhlichen deutschnationale Agitationsrede, lobt den Stahlhelm, verteidigt Oberleutnant Düsterberg und erklärt, er halte es nicht für nötig, Fragen zu beantworten. Seinem eigenen Fraktionsgenossen, der nach ihm spricht, nimmt er damit die Köpfe aus dem Teig. Nur eine einzige ist verblieben: der deutschnationale Richter Lohmann verlangt Amnestie für Rechtsverbrecher.

Bis morgen, wo die Debatte weitergeht, wird Herr Hergt seine deutschnationale Siebkanne wieder aufgefüllt haben.

## Reichstagsitzungsbericht

Zur Begründung des Justizetats spricht Reichsjustizminister Hergt. Er beginnt mit einer allgemeinen Rede darüber, ob zu viel oder zu wenig Befehle gemacht worden seien. Von einer Vertrauensstrife der Justiz könne nicht die Rede sein. Die Politik werde durch die öffentliche Debatte erst in die Justiz hineingetragen. (1) Die Zahl der Strafverfolgungen wegen Hoch- und Landesverrats sei in den letzten Jahren stark zurückgegangen. 1927 sind deswegen 845 Anzeigen erstattet worden, zur Anklageerhebung kam es nur (1) in 49 Fällen.

Landsberg (SPD) führt verschiedene Fälle des Wirkens der Klassenjustiz an, unter denen sich Urteilsbegründungen des Reichsgerichts befinden, die zeigen, daß dieses oberste Gericht der deutschen Bourgeoisie die Verfolgung der kommunistischen Bewegung als eine wichtige Aufgabe betrachtet. Die Schilderung des Verfahrens gegen den kommunistischen Redakteur Kau ruft selbst bei den Demokraten lebhaftes Entrüstung hervor. Bei der Behandlung der Diktaturbestrebungen des Justizrats Claß hält Landsberg unter lebhaftem „Bravo“ der Sozialdemokraten eine Lobrede auf die Verfassungstreue Hindenburgs. Ein Kommunist, der nur einen kleinen Teil dessen getan hätte, was Claß getan hat, hätte sich für die nächsten Jahre nicht um Quartier zu bemühen brauchen.

Reichsjustizminister Hergt erklärt zur Kritik der Rechtsprechung, es sei unmöglich, im Reichstag einige Urteile und ihre Begründung zu besprechen. (Stürmischer Widerspruch, Zwischenrufe der Kommunisten.) Aus den Akten des von Landsberg vorgetragene Falles aus Hannover, wo die Maschinen einer kommunistischen Druckerlei unbrauchbar gemacht worden sind, ist zu ersehen, daß dies auf Anordnung des Oberpräsidenten Kosses geschah. (Hört, hört!)

Hergt hält eine begeisterte Verteidigungsrede für den Stahlhelmführer Düsterberg und geht auf die Frage des § 48 ein. Als ihm zugerufen wird, er solle seine Stellung dazu äußern, erklärt dieser parlamentarische Justizminister: „Ich halte es nicht für nötig, auf Fragen, die hier an mich gestellt werden, zu antworten.“ (Starker Widerspruch.)

Lohmann (Dn.): Gerade im demokratischen Staat muß die Unabhängigkeit der Richter als Gegengewicht bestehen. Er verteidigt den Oberstaatsanwalt und Niedner. Zum Schluß verlangt er Amnestie für die Rechtsverbrecher. Die Verhandlungen werden damit abgebrochen.

Nächste Sitzung Donnerstag, 14 Uhr.

## Die Kandidatur des „Bluthundes“

Zahme Opposition der „Linken“ — Kräftige Propaganda für Kosses auf Geheiß des Parteivorstandes

Berlin, 26. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe Plauen der SPD nahm einstimmig folgende Entscheidung an:

„Die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe Plauen nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß in dem Wahlkreis Weier-M. der Versuch gemacht wird, den früheren Reichswehrminister Kosses als sozialdemokratischen Reichstagskandidaten aufzustellen. Ohne im mindesten in das Entscheidungsrecht der nordwestlichen deutschen Parteigenossen eingreifen zu wollen, erklärt die Versammlung, daß die Kandidatur Kosses für die Partei politisch untragbar ist und daß sie gerade im Wahlkreis Chemnitz-Plauen-Zwischen schwersten Schaden für die Partei anrichten müßte. Die Versammlung wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Reichstagskandidatur Kosses.“

Die Breslauer Parteifunktionäre der Sozialdemokratie beschließen folgende Resolution:

„Falls dem Genossen Kosses die Reichstagskandidatur angeboten wird und ihn nicht eigenes Tatgefühl bewegen sollte, die Kandidatur abzulehnen, wird der Parteivorstand ersucht, die Kandidatur abzulehnen, daß diese Kandidatur untragbar ist. Die Kandidatur Kosses würde die Wahlarbeit erschweren und den Wahlerfolg geradezu gefährden. Die Stellungnahme ist schon Gegenstand der erbittertesten Kämpfe innerhalb der Arbeiterschaft dargestellt. Die Stellungnahme wird gebeterisch gefordert, da Kosses noch in letzter Zeit den vollstweidamendenden Ruf des Bürgerblattdiktators Luther unterschrieb und damit aufs neue die Partei gefährdet hat.“

Während die „Linken“ sich aus wahltaktischen Gründen gegen die Kandidatur Kosses wenden, betreibt neben der Rheinischen Zeitung und anderen SPD-Organen auch die Münchener Post mit ihrer Schreiweise eine Kampagne für den Wahlkreis des „Bluthundes“, und schreibt:

„Mit kräftiger Hand hätte Kosses 1918 in komplizierter Lage sein Werk angefaßt. Wenn Deutschland aus gefährlichem Chaos gerettet wurde, so gehörte der Hauptteil dem Verdienst Gutsav Kosses. Bieleisel Mitarbeiter in einer immer noch kühnlich bewegten Zeit sind auf seinen Namen herangezogen worden. Das Kapp-Lubendorff-Zwischenpiel hat seine Latkraft nicht erschüttert. Kosses hätte seine und des Volkes Sache zweifello durchgekämpft bis zu einer reinlichen Entscheidung.“

Die Arbeit für die Durchpfechtung der Kosses Kandidatur geht also auf Anordnung des sozialdemokratischen Parteivorstandes zielbewußt weiter. Die „Linken“ verhalten sich mit paperernen Resolutionen die Arbeiter bewußt zu täuschen über die Bedeutung der Kosses Kandidatur. Sie hat gegen den „Genossen Kosses“ persönlich gar nichts einzuwenden. Sie weigert sich nur in leeren Worten aus wahltaktischen Gründen und will die Arbeiterschaft damit zugleich täuschen über den Kurs der gesamten SPD.

## Der mitteldeutsche Kampf

Halle, 25. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Zentralstreikleitung teilt mit, daß die Aussperrung der Metallarbeiter durch die Unternehmer, die gestern in Kraft treten sollte, nach den vorliegenden Meldungen ziemlich reiflos durchgeführt ist. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter in Magdeburg beträgt 20 000. In Halle sind es 8000 Arbeiter, jedoch zum Teil Streikende. In Halle a. S. sind 4300 Arbeiter durch die Unternehmer auf die Straße geworfen worden. Dagegen hat in Merseburg nur ein kleiner Betrieb ausgesperrt. Außer der Aussperrung in Freital und Riela Orte, die gar nicht dem mitteldeutschen Tarifvertrag angeschlossen sind, hat auch die Zetzer Eisenwerke ihre Belegschaft gekündigt und auf die Straße geworfen. Die Kampfbegeisterung der ausgesperrten und freifonden Arbeiter ist nach wie vor sehr gut.